

Schutz personenbezogener Daten

Die Gesellschaften Workcontrol s.r.o. und WorkcontrolEU s.r.o. verarbeiten personenbezogene Daten in Übereinstimmung mit der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr sowie mit dem Gesetz Nr. 18/2018 Slg. zum Schutz personenbezogener Daten in der jeweils gültigen Fassung.

Für Informationen im Zusammenhang mit dem Schutz personenbezogener Daten für beide Gesellschaften, Workcontrol s.r.o. und WorkcontrolEU s.r.o., wenden Sie sich bitte an die verantwortliche Person:

E-Mail-Adresse: gdpr@workcontrol.sk

Begriffsbestimmungen

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

Verarbeitung personenbezogener Daten ist jede Tätigkeit oder jede Reihe von Tätigkeiten mit personenbezogenen Daten, wie z. B. das Erheben, Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Bereitstellung, die Einschränkung, die Löschung oder die Vernichtung personenbezogener Daten, sei es durch automatisierte oder nicht automatisierte Verfahren.

Profiling ist jede Art der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten, die dazu dient, bestimmte persönliche Aspekte, die sich auf eine natürliche Person beziehen, zu bewerten.

Pseudonymisierung ist die Verarbeitung personenbezogener Daten in einer Weise, dass die personenbezogenen Daten keiner spezifischen betroffenen Person ohne Hinzuziehung zusätzlicher Informationen zugeordnet werden können, sofern diese zusätzlichen Informationen gesondert aufbewahrt werden und angemessene technische und organisatorische Maßnahmen zu deren Schutz getroffen werden.

Verantwortlicher für die Zwecke dieses Dokuments sind die Gesellschaften Workcontrol s.r.o. und WorkcontrolEU s.r.o.

Auftragsverarbeiter ist eine natürliche oder juristische Person, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.

Empfänger ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden.

Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Gesellschaften Workcontrol s.r.o. und WorkcontrolEU s.r.o.

Die Gesellschaften Workcontrol s.r.o. und WorkcontrolEU s.r.o. verarbeiten personenbezogene Daten der betroffenen Personen auf rechtmäßige und transparente Weise.

Diese Daten werden ausschließlich zu legitimen Zwecken in einem angemessenen und genau festgelegten Umfang sowie auf der Grundlage definierter Rechtsgrundlagen erhoben.

Die Gesellschaften Workcontrol s.r.o. und WorkcontrolEU s.r.o. haben technische und organisatorische Maßnahmen festgelegt, um einen angemessenen Schutz personenbezogener Daten sicherzustellen, insbesondere den Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung sowie vor Beschädigung oder Verlust.

Rechtmäßigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Gesellschaften Workcontrol s.r.o. und WorkcontrolEU s.r.o.

Die Gesellschaften Workcontrol s.r.o. und WorkcontrolEU s.r.o. verarbeiten personenbezogene Daten insbesondere zum Zweck des Abschlusses von Arbeits- und sonstigen Beschäftigungsverhältnissen, zum Zweck der vorübergehenden Überlassung an einen Entleiher und der Lohnverrechnung:

1. Rechtsgrundlage sind Sondergesetze im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts sowie der Lohnverrechnung, insbesondere das Arbeitsgesetzbuch, das Gesetz über Arbeitsvermittlungsdienste, das Gesetz über die Sozialversicherung, das Gesetz über die Krankenversicherung, das Einkommensteuergesetz, das Gesetz über den Sozialfonds, das Gesetz über illegale Arbeit, das Gesetz über Reisekostenvergütungen, das Gesetz über den Mindestlohn, das Gesetz über die Altersvorsorge, das Gesetz über die Zusatzrentenversicherung, das Gesetz über den Einkommensersatz, die Exekutionsordnung, das Gesetz über den Schutz, die Förderung und Entwicklung der öffentlichen Gesundheit, das Gesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und andere. Das bedeutet, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht erforderlich ist.

2. Eine weitere Rechtsgrundlage ist das vertragliche bzw. vorvertragliche Verhältnis mit der betroffenen Person, insbesondere im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Arbeitsverhältnisses.

Im Falle der Einholung der Einwilligung der betroffenen Person sind Umfang und Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten in der jeweiligen Einwilligungserklärung festgelegt.

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden grundsätzlich zu dem Zweck verarbeitet, zu dem sie erhoben wurden.

Einwilligung der betroffenen Person

Im Falle der Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten auf Grundlage der Einwilligung der betroffenen Person wird der Arbeitnehmer vor deren Bereitstellung über den Zweck, Umfang und die Gültigkeitsdauer der Einwilligung informiert.

Die Einwilligung kann jederzeit schriftlich widerrufen und an die Adresse des Arbeitgebers zugestellt werden, dem die Einwilligung erteilt wurde. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die

Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung personenbezogener Daten nicht berührt.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

1. Behörden der staatlichen und öffentlichen Verwaltung (Sozialversicherungsanstalt, Krankenversicherungen, Finanzverwaltung, Arbeitsinspektorate, Gerichtsvollzieher, Arbeitsämter usw.)
2. Gerichte und Strafverfolgungsbehörden
3. Zusatzrentenversicherungsgesellschaften
4. Kommerzielle Versicherungsgesellschaften
5. Gesellschaften, die die Informations- und technische Infrastruktur der Gesellschaften sicherstellen
6. Verpflegungsunternehmen
7. Gesellschaften, die Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz anbieten
8. Entleiher
9. Aktenvernichtungsunternehmen

Dauer der Aufbewahrung personenbezogener Daten

Nach Erfüllung des Zwecks werden personenbezogene Daten nur im unbedingt erforderlichen Umfang weiterverarbeitet und aufbewahrt – zu Archivierungs- und Statistikzwecken und gemäß den geltenden Rechtsvorschriften.

Im Falle der Erhebung personenbezogener Daten auf Grundlage der Einwilligung der betroffenen Person ist die Gültigkeitsdauer in der jeweiligen Einwilligung festgelegt.

Die betroffene Person hat das Recht:

1. vom Verantwortlichen Zugang zu den die betroffene Person betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen sowie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung dieser Daten. Diese Daten werden in der Form bereitgestellt, in der sie von der betroffenen Person angefordert werden.
2. vom Verantwortlichen Informationen über die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten, die Kategorien der betroffenen personenbezogenen Daten, die Empfänger der betroffenen personenbezogenen Daten sowie die Dauer der Aufbewahrung betroffener personenbezogenen Daten zu verlangen
3. die Angabe der Quelle zu verlangen, sofern personenbezogene Daten nicht direkt von der betroffenen Person erhoben wurden
4. Auskunft über die geeigneten Garantien zu verlangen, sofern personenbezogene Daten in ein Drittland übermittelt werden
5. die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen
6. die Löschung personenbezogener Daten zu verlangen, wenn die Verarbeitung nicht mehr erforderlich ist, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung widerruft, wenn sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegt, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, wenn personenbezogene

Daten gelöscht werden müssen, um einer Pflicht gemäß einem Sondergesetz nachzukommen, oder wenn die Daten im Zusammenhang mit einem Angebotsdienst erhoben wurden

7. die Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten zu verlangen, wenn die betroffene Person die Richtigkeit personenbezogener Daten bestreitet, wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist oder wenn der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr benötigt
8. gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen
9. die Richtigkeit personenbezogener Daten zu verlangen
10. ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen
11. im Falle der Verletzung ihrer Rechte einen Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen den Verantwortlichen zu stellen
12. darüber informiert zu werden, ob die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich ist und ob sie verpflichtet ist, diese Daten bereitzustellen, und welche mögliche Folgen die Nichtbereitstellung hätte
13. über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling sowie über die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung informiert zu werden
14. unverzüglich von der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten benachrichtigt zu werden, sofern dies ein hohes Risiko für die Rechte natürlicher Personen zur Folge hat
15. eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzureichen, nämlich bei dem Amt für den Schutz personenbezogener Daten der Slowakischen Republik.

Der Verantwortliche ist verpflichtet, die Antworten auf Grundlage der oben genannten Punkte der betroffenen Person unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb 1 Monats nach Eingang des Antrags bereitzustellen. Falls erforderlich, kann diese Frist um weitere 2 Monate verlängert werden. Der Verantwortliche ist verpflichtet, die betroffene Person über eine solche Verlängerung zu informieren.